

21.02.2013

Rede zu Protokoll vor dem Deutschen Bundestag

Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
„Konsequent vorangehen für eine atomwaffenfreie Welt“

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Nuklearwaffen, die innerhalb der deutschen Staatsgrenzen gelagert werden, sind Eigentum der Vereinigten Staaten von Amerika. Deshalb sind die USA für die Instandhaltung dieser Waffen verantwortlich. Die Nuklearwaffen der NATO dienen einzig und allein defensiven Zwecken und sorgen für einen glaubhaften Schutz unserer Bündnispartner.

Auf russischer Seite werden die Nuklearwaffenbestände nach einem entsprechenden Auftrag des russischen Staatspräsidenten Vladimir Putin mit erheblichen finanziellen Mitteln modernisiert. Nach Berechnungen des "Stockholm International Peace Reseach Institues" (SIPRI) besaßen die USA im vergangenen Jahr noch rund 2150 einsatzfähige Nuklearsprengköpfe, Russland etwa 1800. Unsere NATO-Partner Estland, Lettland, Litauen und Polen fühlen sich durch die Entwicklung auf Russischer Seite bedroht. Die Modernisierung der nuklearen Verteidigungskapazitäten der NATO gewährleistet in diesem Zusammenhang weiterhin eine glaubhafte Aufrechterhaltung des Schutzes.

Meine Damen und Herren, durch die nukleare Teilhabe nimmt Deutschland sein Mitspracherecht bei der Handhabe von Nuklearwaffen wahr. Als NATO-Partner erfüllt Deutschland mit dem Jagdbombergeschwader in Büchel einen Teil seiner NATO-Verpflichtungen und trägt somit Verantwortung für den Schutz unserer Verbündeten. Damit nimmt unser Land Einfluss auf die Nuklearstrategie der NATO. Dieses Mitspracherecht würde verwirkt werden, sollten die Nuklearwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

Generell sind wir uns parteiübergreifend einig, dass Deutschland sich für eine weltweite Abrüstung einsetzen muss. CDU und CSU haben 2010 auch für den Abzug der taktischen Nuklearwaffen in Absprache mit unseren Bündnispartnern gestimmt! Darüber hinaus hat sich unsere Bundesregierung im Bündnis mit für Abrüstungsinitiativen eingesetzt.

Viele Äußerungen von US-Präsident Obama machen Hoffnung, dass unsere Bemühungen Wirkung zeigen. Noch nie hatte ein US-Präsident die nukleare Abrüstung mit so deutlichen Worten gefordert, wie Barack Obama in seiner Prager Rede im Frühjahr 2009. "Ich erkläre klar und mit Überzeugung Amerikas Einsatz für Frieden und Sicherheit in einer Welt ohne Nuklearwaffen", so der US-Präsident. In seiner Rede zur Lage der Nation forderte Obama erneut die nukleare Abrüstung. Die USA würden versuchen, Russland zu überzeugen, gemeinsam weiter abzurüsten.

Allerdings gelten für dieses hehre Ziel weiterhin zwei zentrale Voraussetzungen:

Erstens muss im Bündnis gemeinsam dafür gestimmt werden. Es gibt aber Länder wie beispielsweise Polen, die wollen, dass diese Waffen in Europa bleiben.



Zweitens: Russland muss mehr Transparenz bei den eigenen taktischen Nuklearwaffen schaffen und Verhandlungsbereitschaft signalisieren.

Solange das nicht der Fall ist, müssen die Nuklearwaffen einsatzfähig bleiben. Auch politische Waffen, deren Einsatz militärisch nicht sinnvoll ist, müssen modernisiert werden, sonst werden sie obsolet. Außerdem haben wir damit ein Verhandlungspfand gegenüber Russland in der Hand.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass neben den "offiziellen" Nuklearmächten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China, weitere Staaten, zum Beispiel Indien sowie das politisch instabile Pakistan und Nordkorea über die Bombe verfügen. Es ist also noch ein langer Verhandlungsweg und der vorschnelle Antrag der Grünen ist deshalb aus unserer Sicht verfehlt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!